

folger des zum preussischen Kultusminister beförderten seitherigen Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, des Herrn Trott zu Solz, erfolgt, aber Herr v. Köbell war schon damals ernstlich leidend und mußte sich darum einen längeren Urlaub geben lassen. Am 1. Oktober 1909 übernahm er dann zwar offiziell den Oberpräsidentenposten von Brandenburg, aber faktisch hat er wegen seines leidenden Gesundheitszustands eine amtliche Tätigkeit seitdem überhaupt nicht ausgeübt. Herr v. Köbell ist daher jetzt um seine Verabschiedung eingekommen; über seinen Nachfolger verlautet noch nichts zuverlässiges.

Der Großherzog von Sachsen-Weimar hat die ihm am Montag überreichte Landespende in der Höhe von 132 000 M aus eigenen Mitteln auf 200 000 M erhöht. Das Großherzogspaar wird sich am 26. Januar nach Berlin begeben, um an der Geburtstagsfeier des Kaisers teilzunehmen.

Das Befinden des Königs Otto von Bayern ist, wie man dem „Fränk. Kur.“ aus München schreibt, unverändert daselbe, wie schon seit langen Jahren. Das seinerzeit aufgetretene Nierenleiden ist durch sorgsame Pflege längst beseitigt, und in ärztlichen Kreisen ist man der Ansicht, daß der jetzt im 62. Lebensjahre stehende König möglicherweise noch ein hohes Alter erreichen kann. Das traurige Dasein des Monarchen, der seine Zeit seit Jahren meistens am Boden sitzend verbringt, widelt sich in größter Einförmigkeit ab. Nicht genug können die Bedienten die aufopfernde Pflege der Umgebung des Königs rühmen. Ihnen selbst ist jede Mitteilung nach außen bei Strafe der Entlassung verboten, so daß selbst geringfügige Einzelheiten nur schwer in die Öffentlichkeit gelangen. Die militärischen Persönlichkeiten, die zum Dienst im Schloß Fürstentried beordert sind, müssen sich selbstverständlich ebenfalls zum Schweigen verpflichten. Sie sind übrigens von jeder Ehrenbezeugung dem Kranken König gegenüber entbunden.

Das preussische Abgeordnetenhaus beriet am Montag zunächst die Vorlagen betr. die Erweiterung der Stadtkreise Essen, Köln, Ratibor, Kiel, Flensburg, Harburg und Frankfurt a. M., in allgemeiner Debatte und verwies sie schließlich an eine besondere Kommission. Dann trat das Haus in die Beratung des Etats des Landwirtschaftsministeriums ein.

Der Bund der deutschen Industriellen hielt am Montag in Berlin seine diesjährige Hauptversammlung ab. In einer Resolution sprach sich die aus allen Teilen des Reichs starkbesuchte Ver-

sammlung einstimmig gegen das preussische Projekt der Einführung von Schiffsabgaben aus. Zur Deutschlandsfahrt der deutsch-amerikanischen Kriegervereine erfährt die „Voss. Zig.“ noch, daß die ehemaligen Krieger an der Berliner Frühjahrsparade teilnehmen und dort vom Kaiser begrüßt werden. Bei ihrer Ankunft in Berlin werden die Krieger von den Berliner Kriegervereinen mit zwei Kapellen der Garde empfangen werden. Außerdem planen die Berliner Vereine für die Gäste einen Kommerz und mehrere Ausflüge.

Die am vergangenen Sonntag in einer Anzahl Städte Rheinpreußens und Westfalens von sozialdemokratischer Seite veranstalteten Massenprotestversammlungen gegen das preussische Wahlrecht sind im allgemeinen ruhig verlaufen. Nur in Essen hatte die dortige Wahlrechtskundgebung Straßentumulte zur Folge. Verirrte Schulleute sprengten auf die Volksmasse ein, wobei mehrere Personen durch Säbelhiebe verletzt wurden. Etwa 15 Personen kamen in Haft.

Die Ersatzwahl im Reichstagswahlkreis Eisenach-Vermbach für den bisherigen deutschsozialen Abgeordneten Schad findet am 29. Januar statt. Die Agitation ist auf ihrem Höhepunkt angelangt; dem Ausfall der Ersatzwahl wird vielseitig mit Spannung entgegengesehen.

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hielt am Montag, den 24. d. M., in Berlin eine vorbereitende Sitzung ab, in der die gesamten Forderungen des neuen Tarifvertragsmusters nochmals eingehend besprochen und die Berichte der vollzählig anwesenden Vorstandsmitglieder aus den von ihnen vertretenen Verbänden entgegengenommen wurden. Die Berichte ergaben eine vollständige Einstimmigkeit über die Notwendigkeit, das bereits festgestellte Vertragsmuster zur Geltung zu bringen und der Generalversammlung in Straßburg zur Annahme zu empfehlen. Wenn die Generalversammlung am 24. Februar den Vorschlägen ihres Vorstandes beigestimmt haben wird, sollen erneut Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen stattfinden. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß diese Organisationen die Notwendigkeit der neuen Fassung des Vertragsmusters einsehen und anerkennen werden, da die Arbeitgeber nicht in der Lage sind, unter anderen Bedingungen weiter zu arbeiten, sondern gezwungen sein würden, im Falle des Nichtzustandekommens des Vertrags ihre Geschäfte zu schließen.

In Verfolg des in den Richtlinien des Hansabundes vom 4. Oktober 1909 ausgesprochenen

Grundsatzes, wonach derselbe für die Erhaltung und Belebung der Verbindung der im Ausland lebenden Deutschen mit dem Vaterland eintritt, hat das Präsidium des Bundes beschlossen, den Deutschen Verein zu Smyrna zugunsten eines dort zu errichtenden deutschen Hauses zu unterstützen und an der Verwirklichung des Planes mitzuarbeiten.

Oesterreich-Ungarn.

Die Gerüchte, Oesterreich habe seinen bisherigen Widerspruch gegen das preussische Projekt der Erhebung von Schiffsabgaben aufgegeben, sind vom österreichischen Handelsminister in einer Unterredung mit dem Präsidenten der Reichsberger Handelskammer als durchaus unbegründet bezeichnet worden.

Italien.

Das Erscheinen des neuen, zuerst auf der Sternwarte zu Johannesburg entdeckten Kometen hat besonders in Südtalien große Erregung hervorgerufen, die dortige Bevölkerung glaubt fest daran, daß das Auftauchen dieses Kometen als Vorbote eines neuen Erdbebens in Unteritalien zu betrachten sei, es werden daher in allen südtalienischen Städten öffentliche Gebete abgehalten, um dies vermeintliche drohende Unglück abzuwenden. Sogar Papst Pius X., der doch sonst nicht als abergläubisch gilt, soll in dem neuen Kometen einen Unheilskinder erblicken.

Die italienischen Erdbeben im Jahre 1908. Die italienische Regierung veröffentlicht soeben den amtlichen Bericht über den Schaden und die Opfer des Erdbebens vom 28. Dezember 1908. In der Stadt Messina hat die Katastrophe 77 283 Menschenleben gefordert. 27 523 Leichen wurden unter den Trümmern hervorgezogen, 325 Personen starben an den Verletzungen, die anderen der Katastrophe erlegenen 32 477 werden als vermisst bezeichnet. Ihre Körper ruhen noch unter den Trümmern Messinas oder wurden von den Wellen hinweggespült. In der Stadt Reggio und der zu ihr gehörenden Umgegend hat die Katastrophe 7969 Opfer gefordert, in Palmi 1734, in Villa San Giovanni 1092, in Gallico 963 und in Belaroz 922 Opfer. In den übrigen kleinen Gemeinden und Dörfern beläuft sich die Gesamtzahl der Opfer auf 7118. Im ganzen sind der furchtbaren Katastrophe 96 871 Personen zum Opfer gefallen.

Rußland.

Aus Rußland wird ein neuer politischer Mord gemeldet. Wenigstens heißt es, die in Rostow am Don erfolgte Ermordung des Inspektors der russischen Reichsbank, Troitzkij, sei aus politischen Motiven erfolgt. Nähere Nachrichten über das Verbrechen liegen noch nicht vor.

In der Stadt Buhara, der Hauptstadt des unter russischer Oberhoheit stehenden gleichnamigen asiatischen Chanats, haben zweitägige blutige Straßenkämpfe zwischen Sunniten und Schiiten, also den Anhängern der beiden Richtungen des Islams, stattgefunden. Sunnitische Studenten sollen die Unruhen hervorgerufen haben, indem sie Läden von Schiiten plünderten und schiitische Beamte überfielen. Das Eingreifen von russischem Militär bereitete diesen Unruhen, bei denen etwa 100 Personen getötet worden sind, ein Ende.

Türkei.

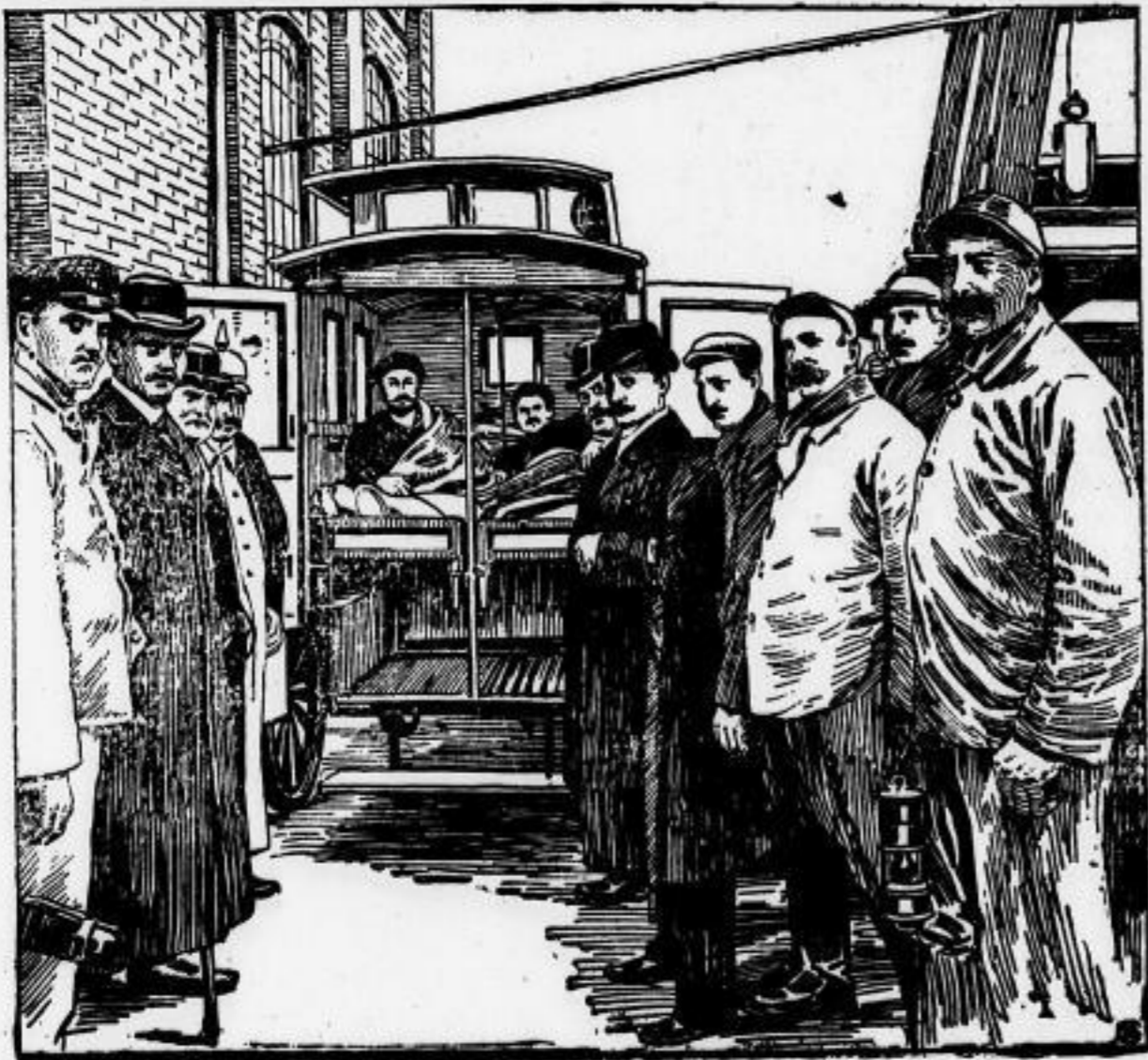
In der türkischen Deputiertenkammer wurde am Montag vom Großvezier Saffi Pascha das Programm der neuen Regierung verlesen. Das Programm stellt als die Hauptziele des neuen Kabinetts die Beruhigung der Gemüter, die Befestigung der Ordnung, die Kräftigung der Eintracht zwischen den verschiedenen Nationalitäten, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Pflege der freundschaftlichen Beziehungen der Türkei zu den ausländischen Staaten hin. Schließlich nahm die Kammer mit 187 gegen 34 Stimmen ein Vertrauensvotum für das Kabinett Saffi Pascha an.

Serbien.

Prinz Georg von Serbien hat seinen Widerspruch gegen die Verfügung König Peters, wonach der unruhige Prinz nach der kleinen Grenzgarde Sorni Milanowatsch versetzt wird, fallen gelassen. Er erklärte, dieser Verfügung nachkommen zu wollen. Einstweilen ist Prinz Georg wegen seines Gesundheitszustands vom militärischen Dienst dispensiert.

Spanien.

Die Schutzpolitik der französischen Regierung droht zu Zoll Differenzen zwischen Frankreich und Spanien zu führen. Die französischen Zoll erhöhungen haben in Spanien in den hierbei



Die aus Grube „Holland“ geretteten Bergleute werden in das Krankenhaus überführt.

Die Katastrophe auf der Zeche „Holland“ hat zum Glück nicht so tragisch geendet, wie so manche Grubenunfälle der letzten Zeit. Die sechs Bergleute, die im Inneren des verschütteten Schachtes 86½ Stunden lang gefangen waren, wurden, wie bereits gemeldet, endlich von ihren Gefährten aus der furchtbaren Haft erlöst. Die Verunglückten befanden sich sogar verhältnis-

mäßig recht wohl, obwohl sie seit ihrer Einfahrt in den Schacht keinerlei Nahrung zu sich genommen hatten. Auch die Verwundungen, die ihnen das fallende Gestein zugefügt hatte, sind nicht gefährlich. Unter dem Jubel ihrer Kameraden wurden die Selben des neuesten Bergmannsdramas in das nahegelegene Krankenhaus gebracht, wo sie die beste Pflege finden.